



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Jutta Widmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Meisterpflicht schützen – duale Berufsausbildung stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europebene dafür einzusetzen, dass die derzeit bestehende Meisterpflicht in zahlreichen Handwerksberufen auch in Zukunft erhalten bleibt. Vorstößen der EU-Kommission, die Meisterpflicht abzuschaffen, ist entschieden entgegenzutreten. Meisterpflicht und duale Berufsausbildung garantieren eine hohe Qualität und Sicherheit sowie eine hervorragende Ausbildung im deutschen Handwerk.

Begründung:

Die Europäische Kommission fordert in ihren länderspezifischen Empfehlungen (COM(2013) 355 final), „ungerechtfertigte Beschränkungen und Marktzutrittsschranken“ im Dienstleistungssektor abzuschaffen, um den Wettbewerb zu stärken. Im Oktober 2013 hat die Kommission zudem mitgeteilt, dass der Zugang zu reglementierten Berufen in der EU überprüft werden soll. In Deutschland seien davon 154 Berufe betroffen, davon 41 Handwerksberufe.

Die Forderung entbehrt jeder Grundlage. Die Meisterpflicht garantiert ein hohes Niveau handwerklicher Arbeiten, gerade in sicherheitsrelevanten Bereichen. Die bestehende Meisterpflicht muss bewahrt werden, um den hohen Standard des deutschen Handwerks zu erhalten. Die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 Handwerksberufen im Jahre 2004 hat zur Bildung zahlreicher Kleinbetriebe geführt, welche einen ruinösen Preiskampf auf Kosten von Qualität und Ausbildungsplätzen betreiben. Diese Art Wettbewerb kann nicht Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Mittelstandspolitik sein.

Die Meisterpflicht ist ferner ein Garant für die hervorragende berufliche Ausbildung im Handwerksbereich. In Zeiten grassierender Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Teilen Europas sollte sich Deutschland nicht für sein bewährtes System der beruflichen Ausbildung rechtfertigen müssen. Dies sollte auch die EU-Kommission endlich erkennen. Den völlig unnötigen und nicht hinreichend begründeten Forderungen aus Brüssel muss eine entschiedene Absage erteilt werden.